

9. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

14. Februar 1951.

215/J

A n f r a g e

der Abg. H o r n , L a c k n e r , A i g n e r und Genossen
an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe,
betreffend die Untersuchung des Rechnungshofes und der Behördenkommission
bei der VÖEST in Linz.

Die Geschäftsführung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe war in letzter Zeit wiederholt Gegenstand öffentlicher Polemiken in Presse und Versammlungen. Insbesondere wurden einzelne organisatorische Massnahmen des Herrn Bundesministers als einseitig parteiisch erklärt. Demgegenüber ist bekannt geworden, dass beispielsweise die Übertragung des Koksverkaufes an eine bestimmte, von einer verstaatlichten Bank errichtete Gesellschaft direkt über Anregung der Behördenkommission erfolgt ist.

Die gefertigten Abgeordneten stellen fest, dass der gesamte Nationalrat für die Führung der verstaatlichten Betriebe im Rahmen der Verfassung eine ^{dieses} Mitverantwortung trägt. Es gehört zur Ausübung ^{dieses} Mitverantwortungsrechtes, dass die Abgeordneten zum Nationalrat feststellen können, ob Angriffe gegen verstaatlichte Betriebe und ihre Widerlegung sachlich begründet sind oder nicht. Dazu scheint die Kenntnis jener Feststellungen und Vorschläge unerlässlich, die von der Behördenkommission gemacht wurden. Auf Grund dieser amtlichen Unterlagen wird es möglich sein, in aller Öffentlichkeit festzustellen, ob ein kreditschädigender Rufmord an den verstaatlichten Betrieben verübt wird.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, den Abgeordneten zum Nationalrat je ein Exemplar des Berichtes zur Verfügung zu stellen, den die Behördenkommission über ihre Einschau bei der VÖEST erstattet hat?
